



II-1273 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIV. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich
DER BUNDESKANZLER

Wien, 1976 08 16

Zl. 419.509/3-IV/1/76

Parlamentarische Anfrage Nr.563/J
an den Bundeskanzler betr. Grund-
stücksverkauf - Verhandlungen
zwischen der Gemeinde Wolfsegg
am Hausruck und der WTK

556 IAB
1976-08-18
zu 563 14

An den
Herrn Präsidenten
des Nationalrates
Anton BENYA
Parlament
1010 W i e n

Sehr geehrter Herr Präsident !

Die Abgeordneten PETER, Dipl.Vw.JOSSEK und Genossen haben am 28.6.1976 unter der Nr.563/J an mich eine schriftliche Anfrage betr. Grundstücksverkauf - Verhandlungen zwischen der Gemeinde Wolfsegg am Hausruck und der WTK gerichtet, welche folgenden Wortlaut hat:

"Seit geraumer Zeit bemüht sich die Gemeinde Wolfsegg am Hausruck um ein ca. 28.000 m² großes Grundstück, das sich im Besitz der Wolfsegg-Traunthaler-Kohlenwerks AG befindet, wobei über den Kaufpreis für dieses Areal in den bisherigen, sich bereits über mehrere Jahre hinziehenden Verhandlungen keine Einigung erzielt werden konnte. Während die WTK 1,2 Mio S verlangt, lautet das Gegenangebot auf 960.000.- S, wovon 1/3 von der Gemeinde und 2/3 aus Landesmitteln getragen werden sollen.

In diesem Zusammenhang verdient die Tatsache besondere Beachtung, daß die Hausruck-Gemeinde Wolfsegg mit ihrer Umgebung seit der Auskohlung der WTK-Gruben zu den Notstands-

gebieten Oberösterreichs gehört. Auf eine entscheidende Abhilfe besteht nur dann begründete Hoffnung, wenn es gelingt, den Fremdenverkehr in dieser Gemeinde auszubauen. Tatsächlich zeigen die Nächtigungszahlen der letzten Jahre Ansätze dafür, daß sich der ehemalige Bergarbeiterort zu einer echten Fremdenverkehrsgemeinde entwickelt.

Eine der Voraussetzungen hierfür ist jedoch die Schaffung eines attraktiven Kur- und Freizeitzentrums, welches über jene Einrichtungen (Minigolf- und Tennisplätze, Freilichtkino, Schwimmbad, Sauna etc.) verfügt, die im Fremdenverkehr heute als selbstverständlich gelten. Die Verwirklichung dieses für die wirtschaftlich schwerkgeprüfte Gemeinde Wolfsegg so wichtigen Projektes scheiterte bisher daran, daß es nicht möglich war, zu einem finanziell halbwegs tragbaren Preis ein geeignetes Grundstück zu finden.

Für den genannten Zweck bietet sich das in Rede stehende WTK-Grundstück, die sogenannte "Schanze", als besonders geeignet an, doch muß der von der Wolfsegg-Traunthaler-Kohlenwerks AG geforderte Kaufpreis schon im Hinblick auf die besonders berücksichtigungswürdige Lage der Gemeinde Wolfsegg als unangemessen bzw. überhöht bezeichnet werden.

Auf alle damit zusammenhängenden Umstände wurde der Herr Bundeskanzler von freiheitlicher Seite bereits seit Anfang der Siebzigerjahre wiederholt hingewiesen, wobei auf den diesbezüglichen Briefwechsel Bezug genommen werden darf.

Bei allem Verständnis für das Bemühen des WTK-Vorstandes, den Abverkauf von Grundstücken zu bestmöglichen Bedingungen durchzuführen, darf keinesfalls übersehen werden, daß es sich hier um einen geradezu klassischen Fall notwendiger Struktur- und Raumordnungspolitik handelt.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundeskanzler die

A n f r a g e :

Werden Sie als Vertreter des Eigentümers im Interesse einer struktur- und raumordnungspolitisch dringend

erforderlichen Intensivierung des Wolfsegger Fremdenverkehrs darauf Einfluß nehmen, daß bei den in diesem Zusammenhang mit der WTK über den gegenständlichen Grundstücksverkauf geführten Verhandlungen ehest ein der Gemeinde Wolfsegg finanziell zumutbares Ergebnis erzielt wird?"

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

Der Beantwortung vorausschicken darf ich, daß mir als Vertreter des Eigentümers der WTK gesetzlich eine Einflußnahme auf die Geschäftsführung des Unternehmens in der Angelegenheit keinesfalls zukommt. Ich kann Sie daher lediglich über den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen informieren, wie er mir von der WTK zur Kenntnis gebracht wurde.

Für das in Rede stehende Grundstück, welches nicht rd. 28.000 m², sondern rd. 36.000 m² umfaßt, wurde von der WTK seinerzeit ein Preis von 1,8 Mio S verlangt. Im Zuge der Verhandlungen wurde dann der Verkaufspreis im Jahre 1972 unter den Schätzwert von 1,5 Mio S auf 1,2 Mio S reduziert. Von diesem bis 30.6.1974 befristeten Angebot der WTK wurde nicht Gebrauch gemacht.

Am 28.6.1976 fand eine neuerliche Besprechung statt, bei der sich die oberösterreichische Landesregierung und die Gemeinde Wolfsegg bereit erklärten den Preis von 1,2 Mio S zu akzeptieren. Mit Rücksicht auf die in der Zwischenzeit eingetretene Preis- und Kostenentwicklung wird dieser Betrag von der WTK nun allerdings als überholt angesehen und eine entsprechende Valorisierung verlangt. Es wird angenommen, daß über diesen Punkt in den vorgesehenen weiteren Verhandlungen eine Einigung zustandekommt.

Im übrigen möchte ich hinzufügen, daß die WTK den Notwendigkeiten der Struktur- und Raumordnungspolitik selbstverständlich mit größtem Verständnis gegenübersteht und bereits eine Reihe diesbezüglicher Initiativen gesetzt hat. Den einschlägigen Bemühungen wurde jedoch in den vergangenen Jahren durch die bekannte Entwicklung der WTK zunehmend Grenzen gesetzt und bedarf das Unternehmen zur Fortführung des Betriebes im steigenden Ausmaß der Unterstützung aus öffentlichen Mitteln im Wege der Bergbauförderung.

